



Juni 2009

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis



Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Europawahl ist keine Testwahl für die Bundestagswahl.....	5
Politikerzufriedenheit: zu Guttenberg mit Popularitätssprung	6
Politikerimages: Bestnoten für Bundeskanzlerin Angela Merkel.....	8
Drei Viertel halten Merkel für eine gute Bundeskanzlerin	12
Kanzler-Direktwahl: Merkel mit Rekordwert vor Steinmeier	15
Bewertung der Großen Koalition: knapp vier von zehn zufrieden.....	16
Sonntagsfrage: Mehrheit für Schwarz-Gelb.....	18
Bundestagswahl: Teilnahmeabsicht steigt an.....	20

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Juni 2009

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	08. bis 09. Juni 2009 Sonntagsfrage: 08. bis 10. Juni 2009	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Analyse

Zusammenfassung

Dass die Europawahl aufgrund der deutlich geringeren Wahlbeteiligung und wegen ihres Charakters als Nebenwahl nur eingeschränkt als Testlauf für die Bundestagswahl zu werten ist, sieht auch eine Mehrheit der Bundesbürger so: 63 Prozent sind der Meinung, dass der Ausgang der Europawahl nichts über den Ausgang der Abstimmung am 27. September aussagt. Dies liegt nach Ansicht von 71 Prozent daran, dass die meisten Menschen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wissen, welche Partei sie bei der Bundestagswahl wählen werden. Für eine Mehrheit von 57 Prozent ist noch nicht ausgemacht, dass – wie bei der Europawahl – eine bürgerliche Koalition aus Union und FDP bei der Bundestagswahl die Mandatsmehrheit erringen wird.

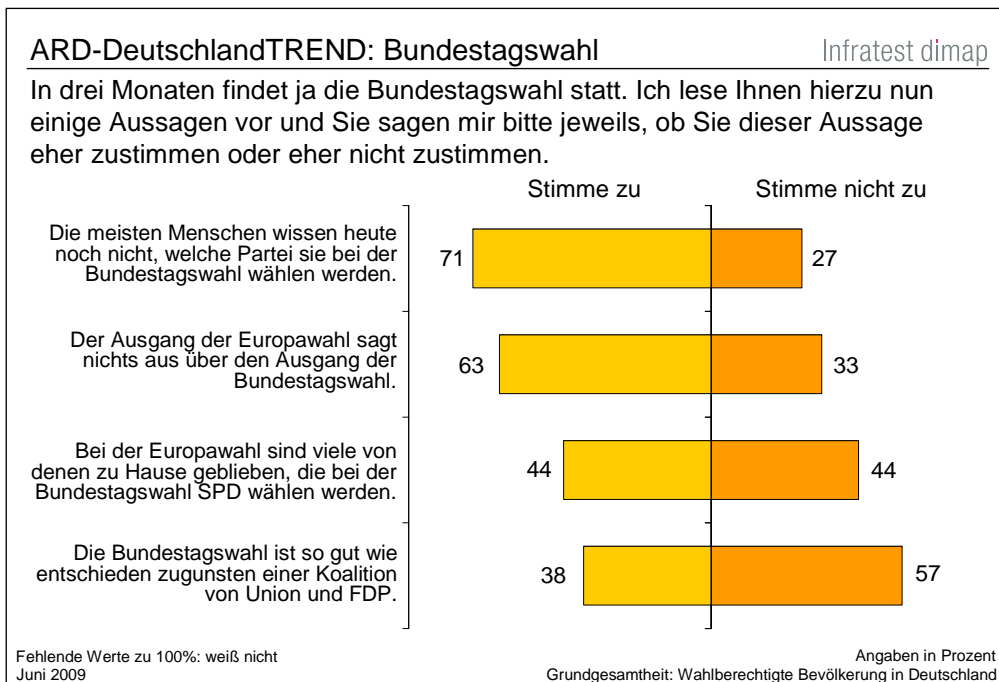
Die Position von Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in der Debatte um staatliche Hilfen für Unternehmen wird in der Bevölkerung offenbar honoriert, denn seine politische Arbeit bewerten aktuell 61 Prozent der Deutschen positiv, ein Plus von 10 Punkten binnen vier Wochen. Dies ist der beste Wert, den je ein Wirtschaftsminister im DeutschlandTREND erzielt hat. Der CSU-Politiker schließt damit zum SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf, der von 63 Prozent positive Noten bekommt und ein Minus von 5 Punkten verzeichnet. An der Spitze der beliebtesten Politiker Deutschlands steht weiterhin Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit deren Wirken 68 Prozent der Deutschen einverstanden sind (-1). In der amtierenden Regierungschefin sehen vier Fünftel der Bevölkerung (80 Prozent) eine kompetente Politikerin, die zudem Spaß an ihrer Aufgabe hat (87 Prozent) und dabei nach Meinung von 69 Prozent sympathisch wirkt. Jeweils sieben von zehn Bundesbürgern attestieren ihr darüber hinaus Glaubwürdigkeit (72 Prozent), Führungsstärke (70 Prozent) und Zielstrebigkeit (72 Prozent). Mit diesen Imagewerten lässt Merkel die anderen Spitzenpolitiker hinter sich. Drei Viertel (74 Prozent) attestieren ihr, eine gute Bundeskanzlerin zu sein. Ihrem SPD-Herausforderer trauen dies nur 32 Prozent zu. Auch in der direkten Konfrontation kann sich Merkel stärker von Steinmeier absetzen: Bei der Direktwahl des Kanzlers würden sich derzeit 60 Prozent für die Amtsinhaberin und nur 27 Prozent für den SPD-Spitzenkandidaten entscheiden – Rekordhoch für die CDU-Frau, für den SPD-Mann Rekordtief seit seiner Nominierung im September 2008.

Die gute Bewertung der Unions-Spitzen wirkt sich in der politischen Stimmung zugunsten der Union aus: Im Juni käme die Union auf 36 Prozent der Stimmen, ein Plus von 2 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Die SPD hingegen verliert im gleichen Umfang und könnte nur noch einen Wähleranteil von 25 Prozent erzielen. Für die FDP würden wie im Mai 14 Prozent votieren. Die Grünen kämen auf 13 Prozent (+2 Punkte) – ihr bester Wert seit November 2004. Die Linke bleibt konstant bei 9 Prozent.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Juni, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 8. bis 9. Juni 1.000, für die Sonntagsfrage vom 8. bis 10. Juni 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

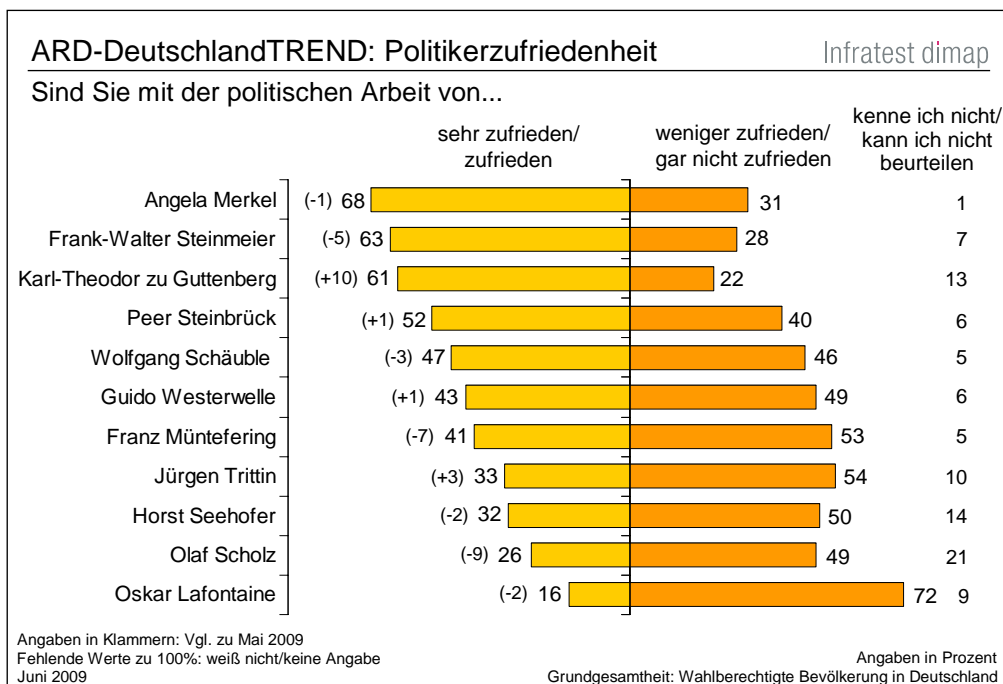
Europawahl ist keine Testwahl für die Bundestagswahl

Aufgrund der deutlich geringeren Wahlbeteiligung und wegen ihres Charakters als Nebenwahl ist die Europawahl am vergangenen Sonntag nur eingeschränkt als Testlauf für die Bundestagswahl im Herbst zu sehen. Dieser Einschätzung schließt sich eine Mehrheit der Bundesbürger an: 63 Prozent sind der Meinung, dass der Ausgang der Europawahl nichts über den Ausgang der Abstimmung am 27. September aussagt. Dies liegt nach Ansicht von 71 Prozent daran, dass die meisten Menschen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wissen, welche Partei sie bei der Bundestagswahl wählen werden. 44 Prozent glauben, dass insbesondere viele SPD-Wähler bei der Europawahl zuhause geblieben sind. Demzufolge ist für eine Mehrheit von 57 Prozent noch nicht ausgemacht, dass – wie bei der Europawahl – eine bürgerliche Koalition aus Union und FDP bei der Bundestagswahl die Mandatsmehrheit erringen wird.



Politikerzufriedenheit: zu Guttenberg mit Popularitätssprung

Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat sich bei den Verhandlungen um eine Lösung für Opel gegen die von der Bundesregierung beschlossene Bereitstellung staatlicher Hilfen und für eine geordnete Insolvenz des angeschlagenen Autoherstellers ausgesprochen. In der Bevölkerung wird diese Position offenbar honoriert, denn zu Guttenbergs politische Arbeit bewerten aktuell 61 Prozent der Deutschen positiv, ein Plus von 10 Punkten binnen vier Wochen. Dies ist der beste Wert, den je ein Wirtschaftsminister im DeutschlandTREND erzielt hat. Der CSU-Politiker schließt damit zum SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf, der von 63 Prozent positive Noten bekommt und ein Minus von 5 Punkten verzeichnet. An der Spitze der beliebtesten Politiker Deutschlands steht weiterhin Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit deren Wirken 68 Prozent der Deutschen einverstanden sind (-1).



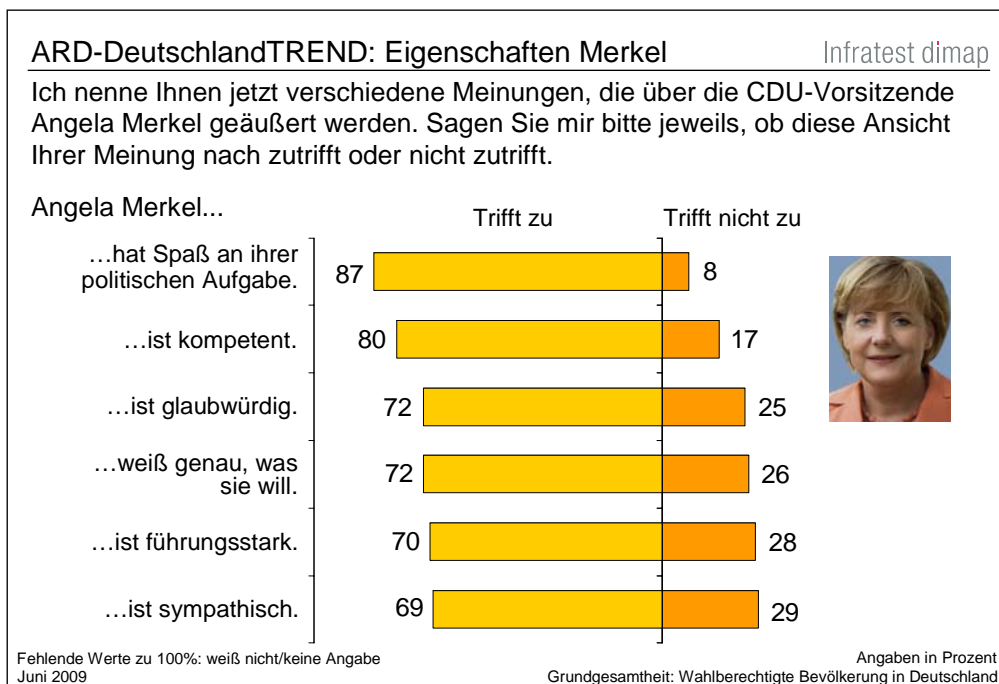
Neben Steinmeier müssen auch sein Kabinettskollege Olaf Scholz und SPD-Chef Franz Müntefering Einbußen hinnehmen. Als einziger der in diesem Monat abgefragten SPD-Politiker vermag Peer Steinbrück seinen Zustimmungswert (52 Prozent, +1) zu halten. Der Finanzminister führt aufgrund dessen weiterhin das Mittelfeld an vor Innenminister Wolfgang Schäuble (47 Prozent, -3), dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle (43 Prozent, +1) und Franz Müntefering (41 Prozent, -7).

Der Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin findet bei einem Drittel der Deutschen (33 Prozent, +3) positive Resonanz und ist neben zu Guttenberg der einzige Politiker, der nennenswerte Zuwächse für sich verbuchen kann. Auch der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer bekommt von einem Drittel (32 Prozent, -2) gute Noten, muss allerdings leichte Verluste hinnehmen. Einen Ansehenseinbruch muss Arbeitsminister Scholz verkraften, mit dessen Arbeit

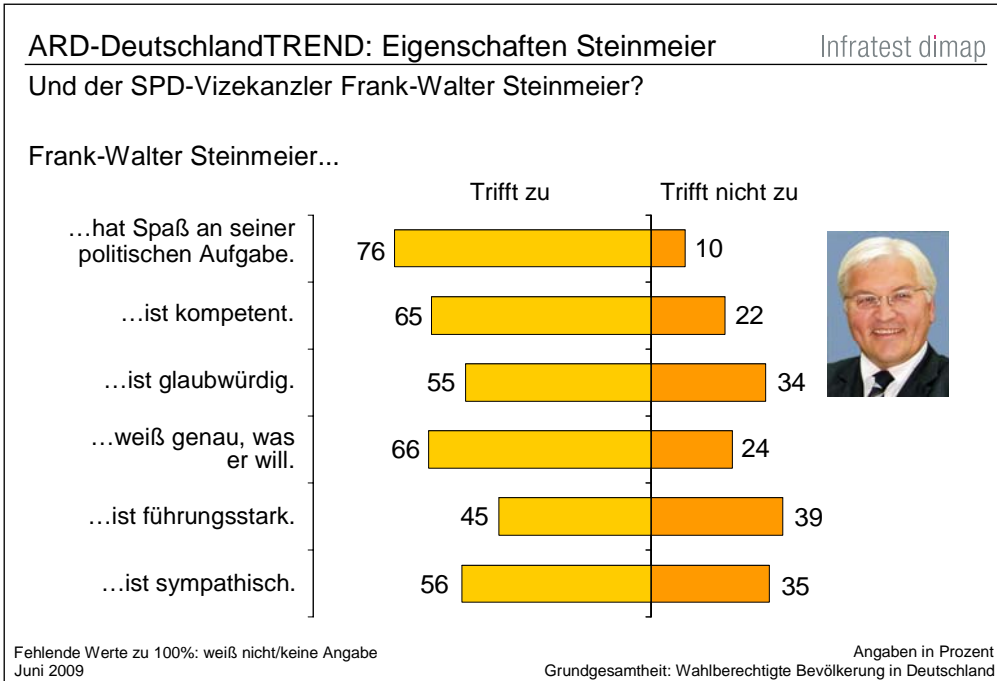
aktuell 26 Prozent zufrieden sind (-9). Wie in den vergangenen Monaten erfährt der Parteivorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, den geringsten Rückhalt in der Bevölkerung (16 Prozent, -2). Geringer war das Ansehen des Saarländers nur im August und September 2005 – unmittelbar nach seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der Linkspartei/WASG für die Bundestagswahl.

Politikerimages: Bestnoten für Bundeskanzlerin Angela Merkel

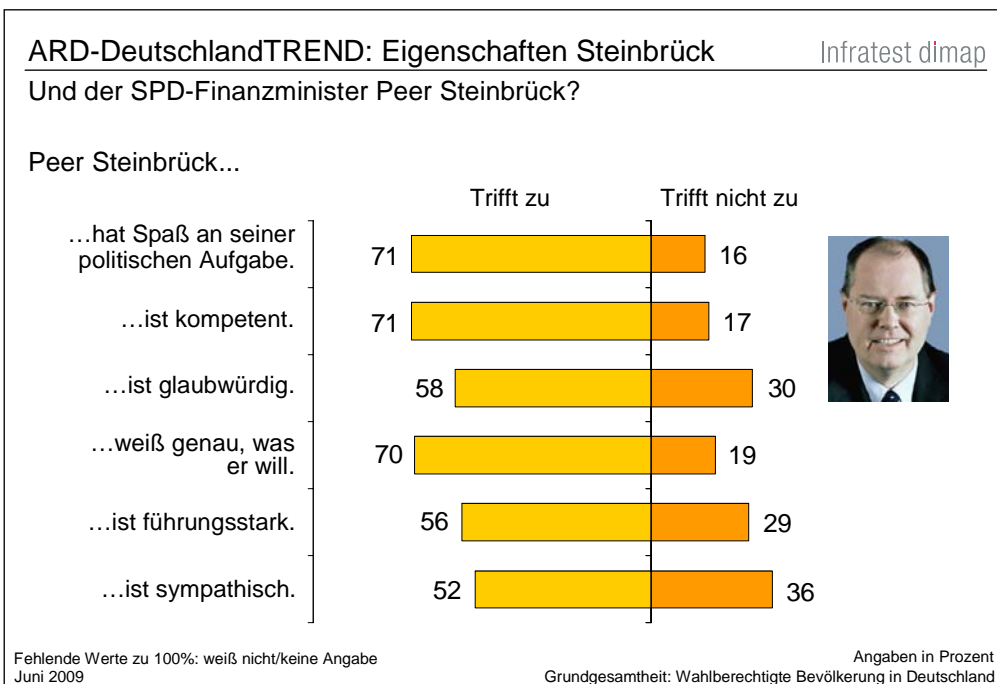
Das Imageprofil Angela **Merkels** macht deutlich, warum die CDU-Vorsitzende die derzeit beliebteste Politikerin Deutschlands ist. In der amtierenden Regierungschefin sehen vier Fünftel der Bevölkerung (80 Prozent) eine kompetente Politikerin, die zudem – so die Ansicht von 87 Prozent – Spaß an ihrer Aufgabe hat und dabei nach Meinung von 69 Prozent sympathisch wirkt. Jeweils sieben von zehn Bundesbürgern attestieren ihr darüber hinaus Glaubwürdigkeit (72 Prozent) und Führungsstärke (70 Prozent). Ebenso viele glauben, dass Angela Merkel auch weiß, was sie will (72 Prozent).



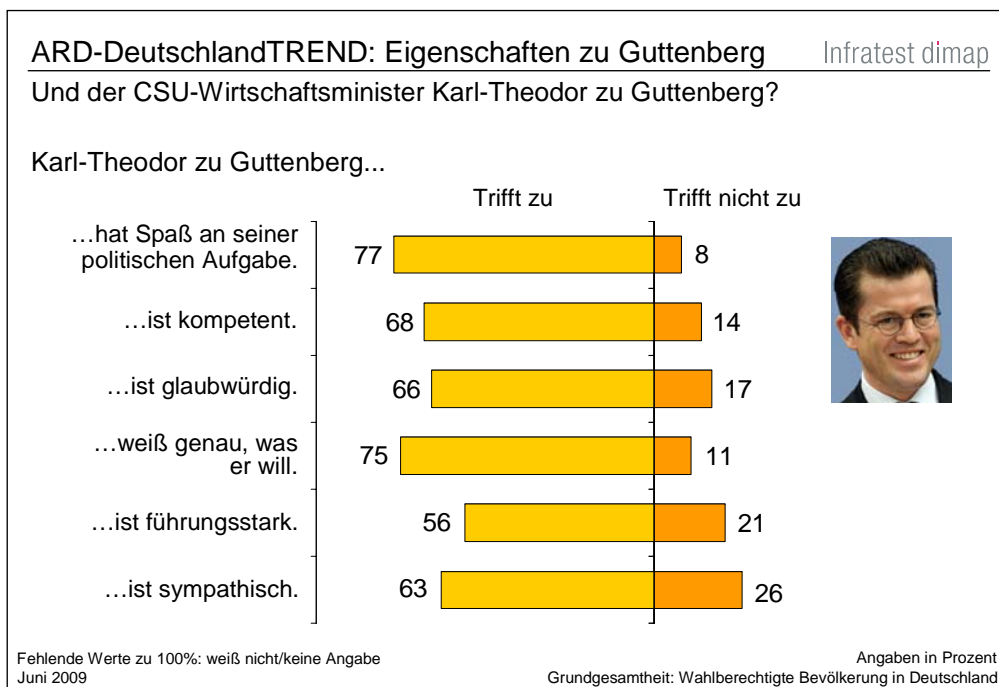
Damit lässt die Bundeskanzlerin alle anderen Protagonisten der Berliner Bühne hinter sich, wenngleich ihr Herausforderer bei der kommenden Bundestagswahl bei der Bevölkerung ebenfalls ein weitgehend positives Imageprofil besitzt: Frank-Walter **Steinmeier** halten 65 Prozent für kompetent und 56 Prozent für sympathisch. Drei von vier Bürgern (76 Prozent) gehen davon aus, dass der Außenminister seine Aufgabe gerne erfüllt. Zwei Drittel (66 Prozent) glauben, er habe seine politischen Ziele fest im Blick. In Sachen Glaubwürdigkeit und Führungsstärke liegt Frank-Walter Steinmeier mit 55 bzw. 45 Prozent allerdings deutlich hinter Angela Merkel zurück.



Ein ähnliches Profil weist der amtierende Finanzminister Peer **Steinbrück** auf. Sieben von zehn Bundesbürgern halten ihn für kompetent und schreiben ihm Spaß an seiner politischen Aufgabe (jeweils 71 Prozent) sowie Zielstrebigkeit (70 Prozent) zu. Nur jeder Zweite (52 Prozent) sieht in Steinbrück eine sympathische Persönlichkeit. Etwas besser werden seine Glaubwürdigkeit und seine Führungsstärke eingeschätzt (58 bzw. 56 Prozent).



Karl-Theodor zu **Guttenberg** konnte sich in den wenigen Monaten, in denen er das Amt des Bundeswirtschaftsministers inne hat, bei der Bevölkerung ein sehr hohes Ansehen erwerben. Rund sieben von zehn (68 Prozent) betonen seine Kompetenz, knapp zwei Drittel (63 Prozent) heben seine sympathische Erscheinung hervor und 77 Prozent glauben, der Wirtschaftsminister würde seine Aufgabe gerne erfüllen. Drei von vier Bürgern (75 Prozent) attestieren ihm Zielstrebigkeit, die sich nach Ansicht von 66 Prozent mit Glaubwürdigkeit und für 56 Prozent mit Führungsstärke verbindet.



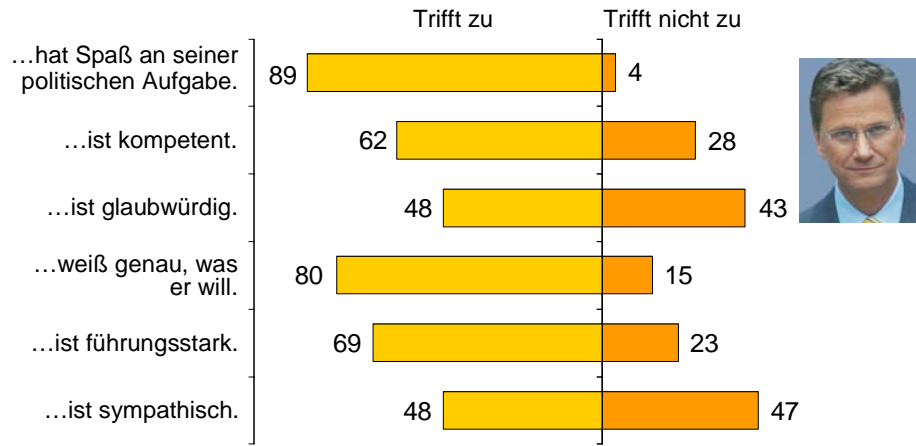
Zu den hervorsteckenden Merkmalen von einem der führenden Repräsentanten der Opposition, Guido **Westerwelle**, gehören der Spaß, den er bei seiner Arbeit hat und die Beständigkeit, mit der er seine Ziele verfolgt, was ihm 89 bzw. 80 Prozent bescheinigen. Sieben von zehn Bürgern (69 Prozent) halten den FDP-Chef für führungsstark, ein Wert wie er auch für Angela Merkel gemessen wird. Geht es hingegen um Kompetenz (62 Prozent), Sympathie (48 Prozent) und Glaubwürdigkeit (48 Prozent) liegt Guido Westerwelle mehr oder weniger deutlich hinter den anderen Spitzenpolitikern zurück.

ARD-DeutschlandTREND: Eigenschaften Westerwelle

Infratest dimap

Und der FDP-Parteivorsitzende Guido Westerwelle?

Guido Westerwelle...

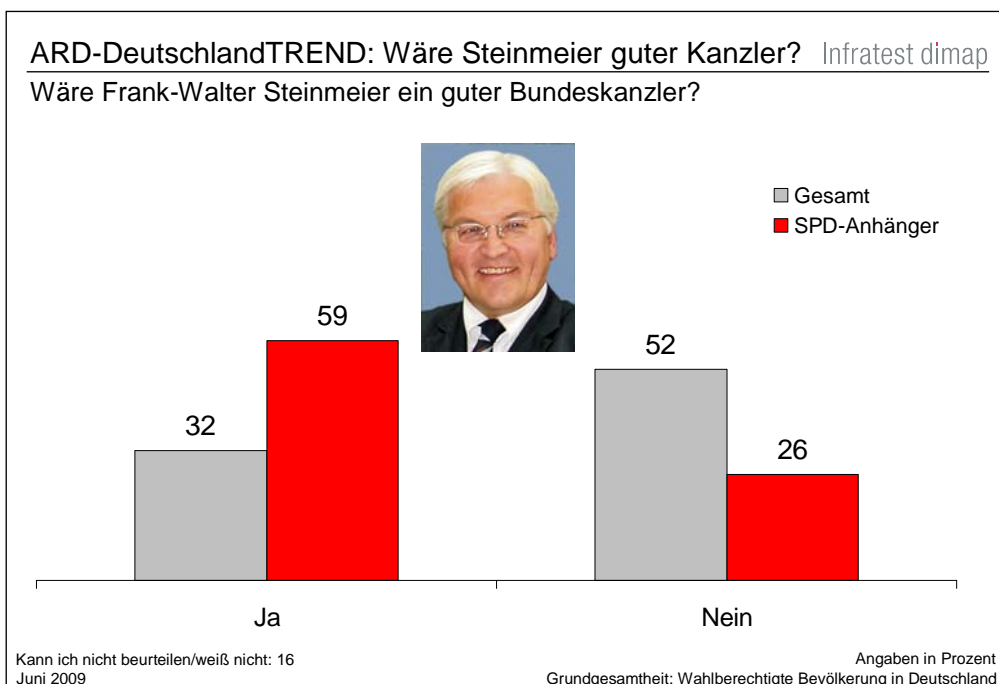
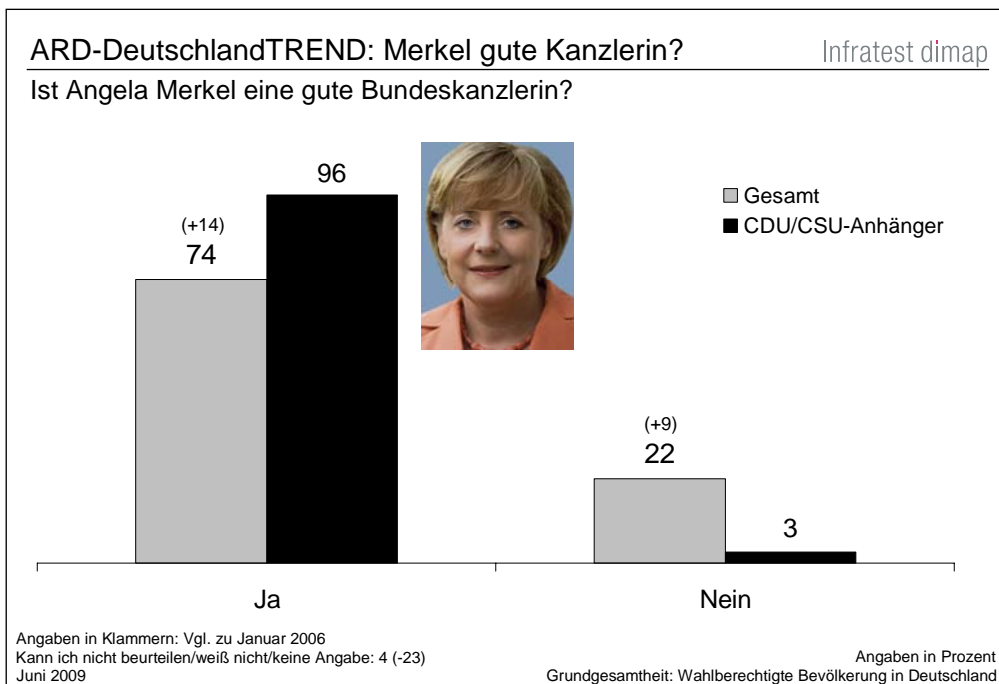


Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Juni 2009

Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

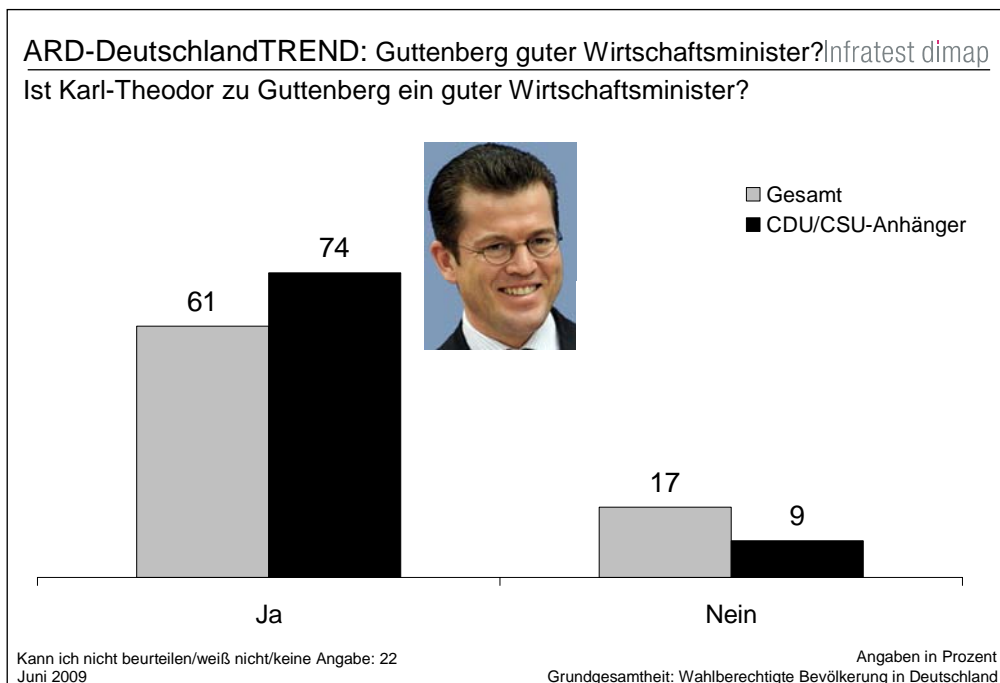
Drei Viertel halten Merkel für eine gute Bundeskanzlerin

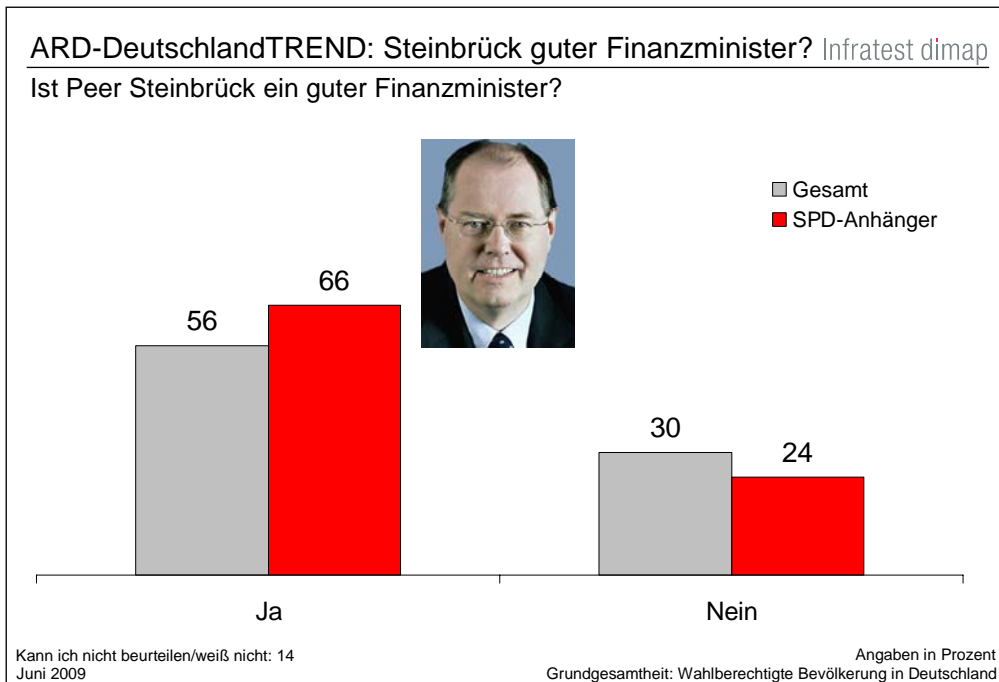
Das sehr gute Eigenschaftenprofil Angela Merkels führt in der Summe zu der mehrheitlichen Einschätzung (74 Prozent), dass sie eine gute Bundeskanzlerin ist. Ihrem sozialdemokratischen Herausforderer Frank-Walter Steinmeier traut nur ein Drittel (32 Prozent) zu, das Amt gut auszufüllen. Gut die Hälfte (52 Prozent) verneint hingegen die Qualifikation des Außenministers für das Amt des Regierungschefs, trotz des per Saldo durchaus positiven Imageprofils von Frank-Walter Steinmeier.



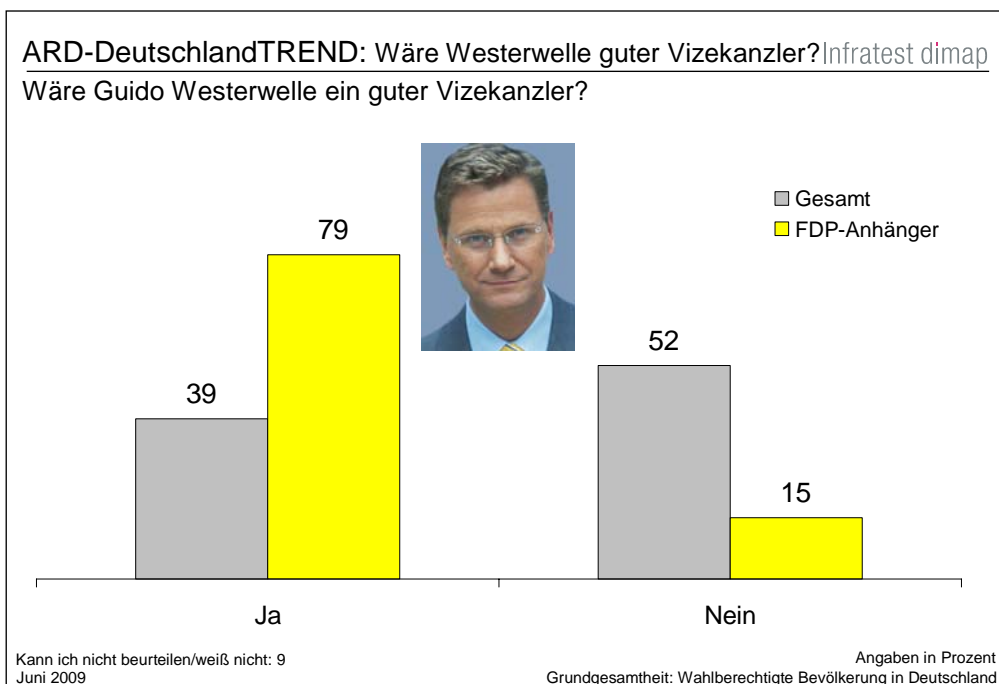
In den Anhängerschaften aller Parteien, mit Ausnahme der Linken, sehen deutliche Mehrheiten in Angela Merkel eine gute Bundeskanzlerin, während Frank-Walter Steinmeier nur im eigenen Lager von der Mehrzahl zugetraut wird, das Amt angemessen auszufüllen. Bemerkenswert ist jedoch, dass immerhin ein Viertel der sozialdemokratischen Anhänger Zweifel an der Eignung Steinmeiers als Kanzler hat. Zum Vergleich: Angela Merkel bescheinigen 96 Prozent der Unions-Anhänger eine gute Kanzlerin zu sein.

Die hohe Zufriedenheit mit der politischen Arbeit zu Guttenbergs spiegelt sich in der Einschätzung von 61 Prozent der Deutschen wider, die ihm bescheinigen ein guter Wirtschaftsminister zu sein. Er findet für seine Amtsführung genauso parteiübergreifend Zustimmung wie Peer Steinbrück, dem 56 Prozent attestieren als Finanzminister gute Arbeit zu leisten.



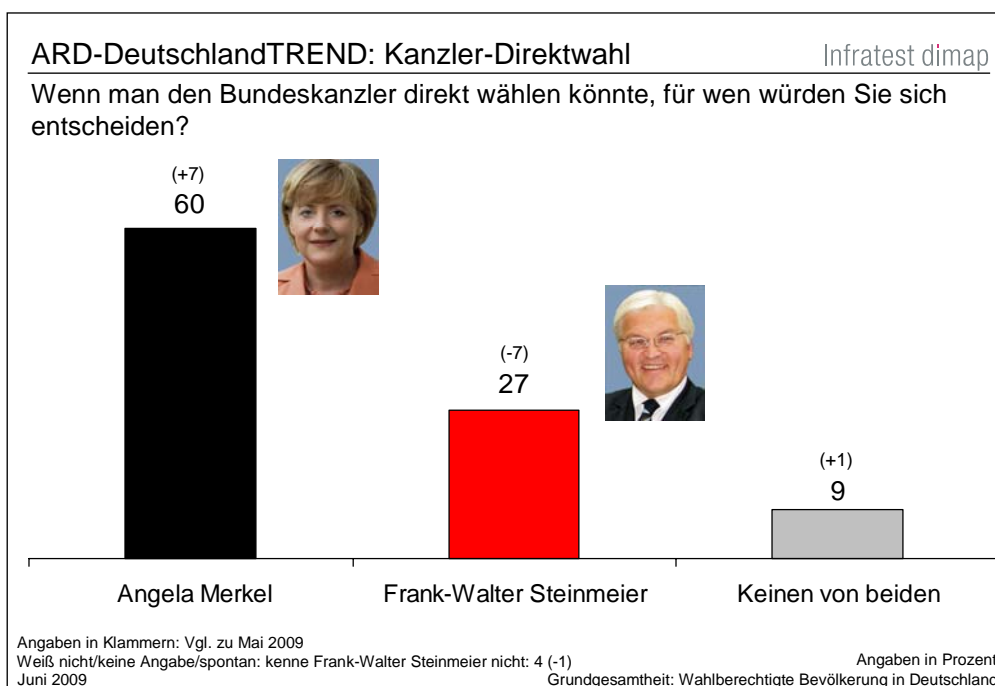


Überwiegend Zweifel äußern die Bürger an der Qualifikation des FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle für das Amt des Vizekanzlers – im Falle eines Wahlsieges der bürgerlichen Parteien würde ihm dieses wohl zufallen. Nach Ansicht von 39 Prozent würde er diese Funktion gut erfüllen, 52 Prozent sind gegenteiliger Meinung.



Kanzler-Direktwahl: Merkel mit Rekordwert vor Steinmeier

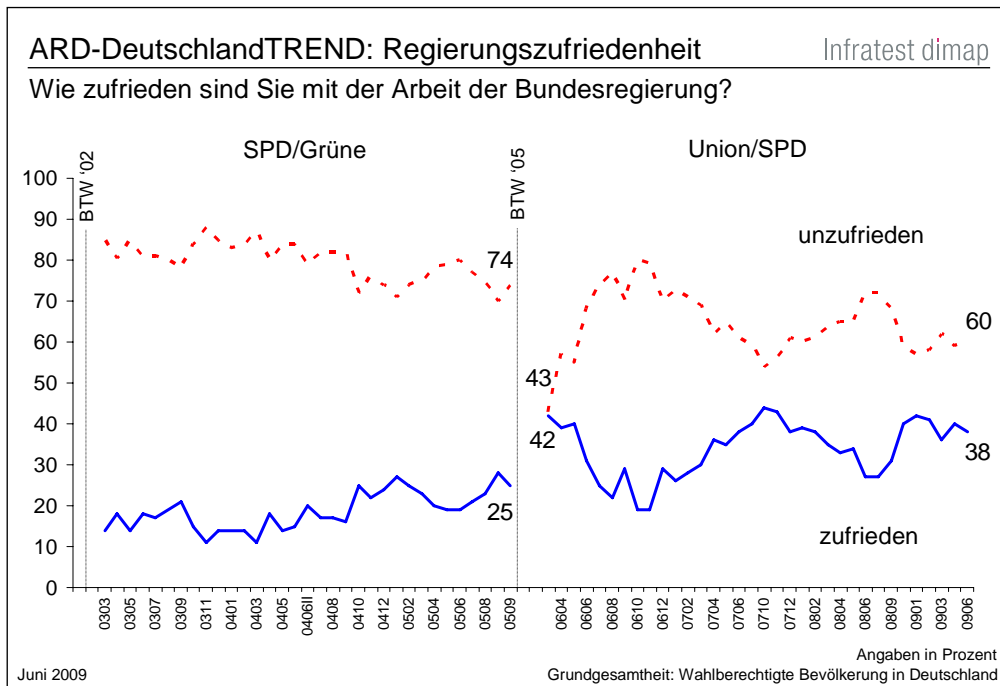
Auch in der direkten Konfrontation mit ihrem Herausforderer kann sich Angela Merkel in diesem Monat stärker von Frank-Walter Steinmeier absetzen. Hätten die Bundesbürger Anfang Juni die Möglichkeit gehabt, den Bundeskanzler direkt zu wählen, dann wäre die Abstimmung klarer als bisher zu Gunsten von Angela Merkel ausgefallen: 60 Prozent der Wähler würden derzeit für die Amtsinhaberin votieren, Rekordwert für die CDU-Chefin. Auf ihren Herausforderer Frank-Walter Steinmeier entfielen lediglich 27 Prozent der Stimmen, sein schlechtester Wert seit seiner Nominierung als SPD-Kanzlerkandidat im September 2008.



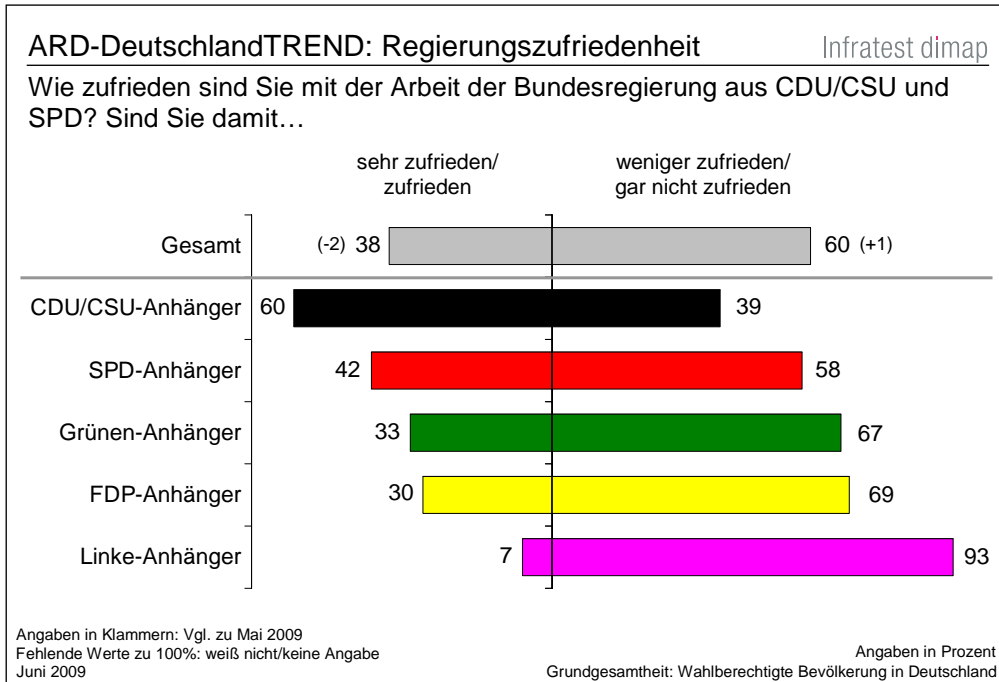
Angela Merkel konnte damit ihren Vorsprung deutlich ausbauen. Lag er im Mai noch bei 19 Punkten, so beträgt er nunmehr 33 Punkte – und ist damit so groß wie noch nie. Die Bundeskanzlerin hat vor allem in der eigenen Anhängerschaft Boden gutgemacht und weiß mit 95 Prozent (+12 Punkte) die Wähler der Union geschlossen hinter sich, während sich an der Zustimmung für Frank-Walter Steinmeier in den Reihen der SPD mit 67 Prozent fast nichts geändert hat. Der SPD-Mann hat allerdings bei den Anhängern der Linken und der Grünen sowie bei Nichtwählern massiv an Zuspruch verloren.

Bewertung der Großen Koalition: knapp vier von zehn zufrieden

Im Juni äußern sich rund vier von zehn Deutschen mit der Leistung der Großen Koalition sehr zufrieden (2 Prozent) bzw. zufrieden (36 Prozent). Demgegenüber ist eine Mehrheit weniger (48 Prozent) bzw. überhaupt nicht zufrieden (12 Prozent) mit der Arbeit der Bundesregierung. Damit ist die Zustimmung zur schwarz-roten Koalition binnen Monatsfrist leicht zurückgegangen (-2 Punkte).

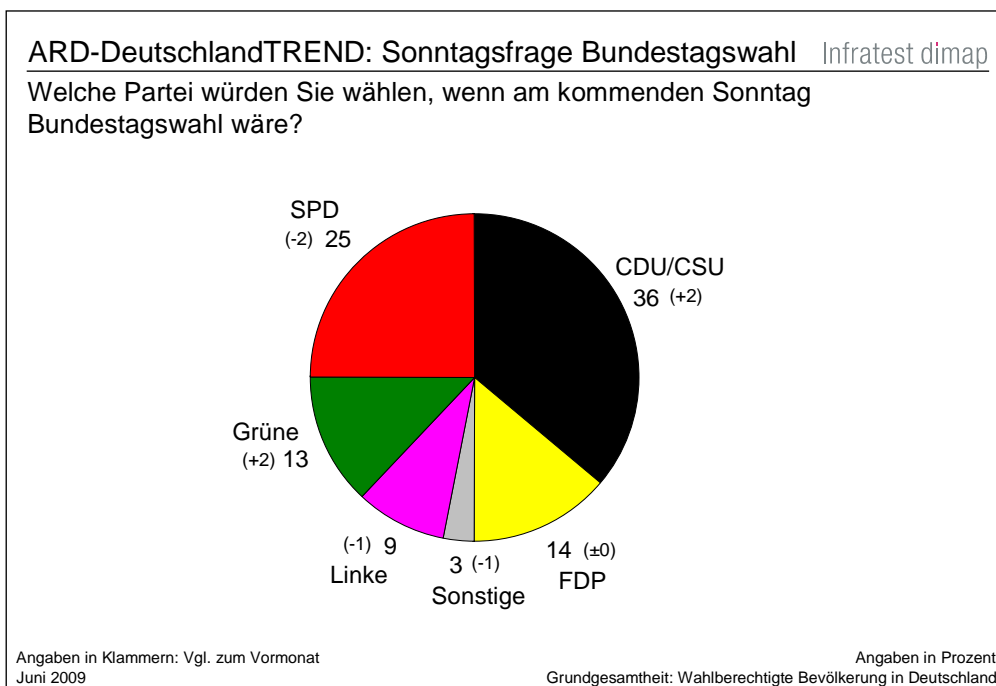


Während die Anhänger der Union weiterhin überwiegend positive Noten an die Regierung Merkel vergeben (60:39 Prozent), überwiegen in der SPD-Anhängerschaft wieder die kritischen Stimmen (42:58 Prozent). Im Vormonat hielten sich positive und negative Urteile bei den sozialdemokratischen Anhängern noch die Waage.



Sonntagsfrage: Mehrheit für Schwarz-Gelb

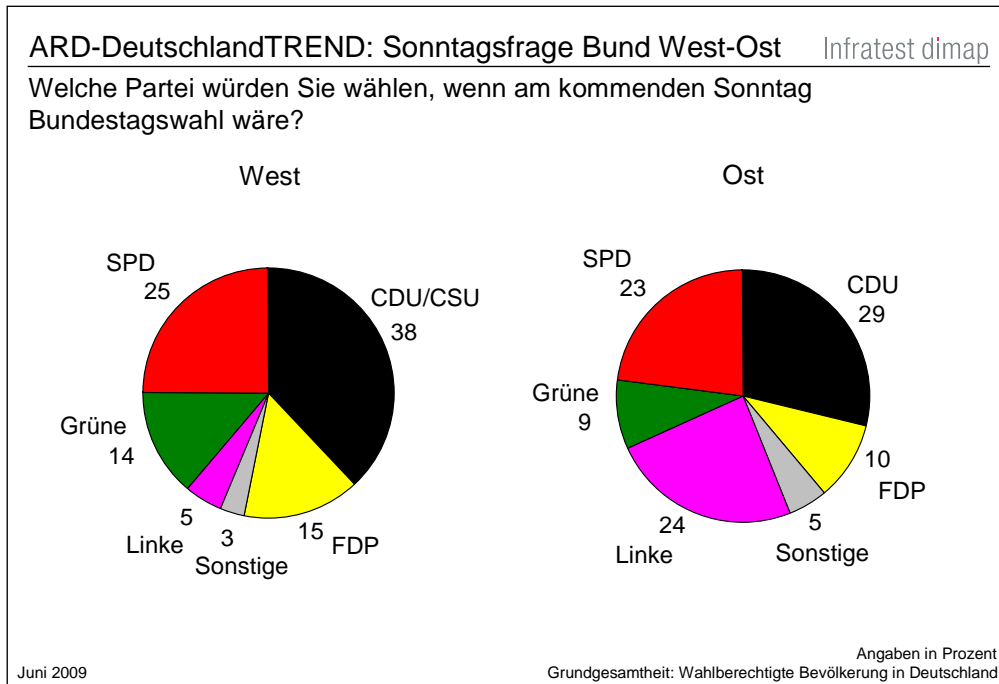
Die gute Bewertung der Unions-Spitzen wirkt sich in der politischen Stimmung zugunsten der Union aus. Wenn bereits am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt würde, käme die Union auf 36 Prozent der Stimmen, ein Plus von 2 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Die SPD hingegen verliert im gleichen Umfang und könnte nur noch einen Wähleranteil von 25 Prozent erzielen. Für die FDP würden wie im Mai 14 Prozent votieren. Die Grünen kämen auf 13 Prozent (+2 Punkte) – ihr bester Wert seit November 2004. Die Linke bleibt konstant bei 9 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 3 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.



Wäre dies das Ergebnis des Urnengangs verfügte eine bürgerliche Koalition aus Union und FDP über eine Mehrheit der Mandate im Bundestag.

Der Anteil der unentschlossenen bzw. unentschiedenen Wahlberechtigten liegt weiterhin bei rund 30 Prozent. Die Verunsicherung ist insbesondere bei früheren SPD-Wählern überdurchschnittlich groß.

In den **alten Bundesländern** könnte die Union ebenfalls zulegen auf derzeit 38 Prozent, während die SPD auf 25 Prozent zurück fällt. Sowohl die FDP (15 Prozent) als auch die Grünen (14 Prozent) legen im Westen zu, die Linke (5 Prozent) hingegen muss Einbußen hinnehmen.

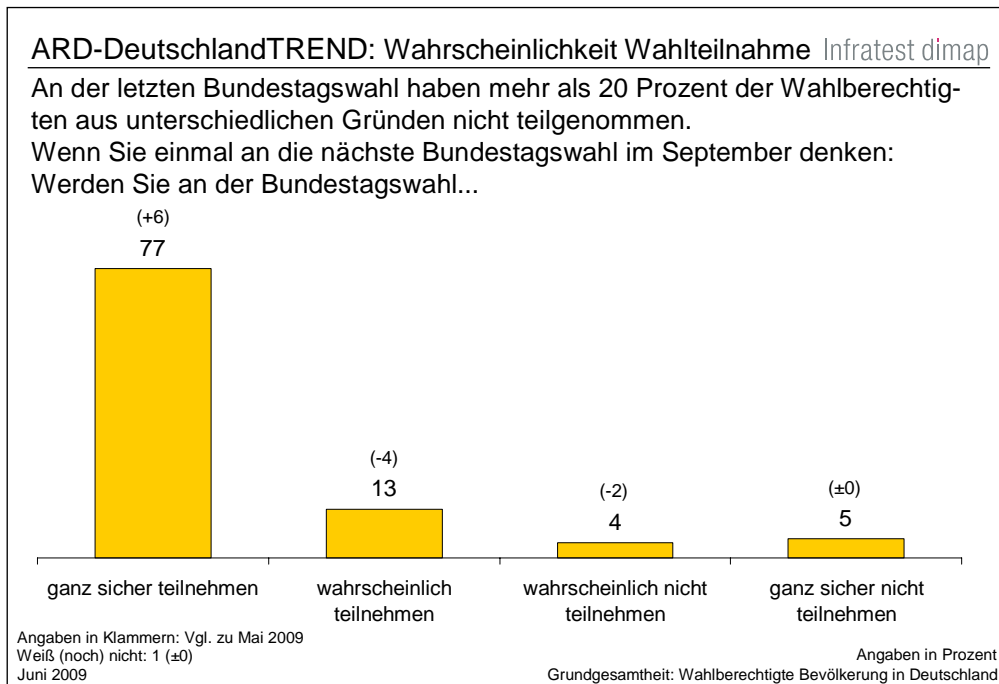


In den **neuen Bundesländern** verfügt die CDU mit 29 Prozent ebenfalls über mehr Rückhalt als im Mai, während Linke (24 Prozent) und SPD (23 Prozent) zweit- bzw. drittstärkste Kraft bleiben. Weil die FDP (10 Prozent) Stimmenanteile verliert liegt sie im Osten Deutschlands nur noch knapp vor den Grünen (9 Prozent).

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Bundestagswahl: Teilnahmeabsicht steigt an

Rund dreieinhalb Monate vor der Bundestagswahl erklären drei Viertel der Wahlberechtigten (77 Prozent), dass sie sich ganz sicher an der Abstimmung beteiligen wollen, 6 Punkte mehr als im Vormonat. Weitere 13 Prozent bezeichnen den Urnengang als wahrscheinlich. Lediglich jeder Zehnte will wahrscheinlich nicht teilnehmen (4 Prozent) bzw. schließt die Stimmabgabe für sich kategorisch aus (5 Prozent).



In den neuen Bundesländern, wo die Wahlbeteiligung im Schnitt geringer ausfällt als im Westen, bleibt die Teilnahmebereitschaft hinter der in den alten Bundesländern zurück: Signalisieren in den alten Bundesländern momentan 79 Prozent, ganz sicher an die Urnen gehen zu wollen, sind es im Osten 73 Prozent.

Die derzeitige Parteipräferenz der Wahlberechtigten insgesamt ist zum aktuellen Zeitpunkt noch recht unsicher, auch wenn gegenüber Mai die Zahl der nach eigener Auskunft faktisch festgelegten deutlich angestiegen ist: Lediglich 41 Prozent derer, die definitiv oder wahrscheinlich im September wählen gehen wollen, bezeichnen ihre derzeitige Wahlabsicht bereits als sehr sicher. Weitere 35 Prozent beschreiben sie als ziemlich sicher. Für knapp jeden Siebten (15 Prozent) kann sich an der eigenen Parteipräferenz durchaus noch etwas ändern. Acht Prozent sind sich sogar noch völlig unschlüssig, wem sie im September dieses Jahres ihre Stimme geben werden.

